



A4

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!**

Antragstext

1 Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs
2 der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der
3 jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität
4 bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende
5 trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut
6 studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und
7 konsequenten Klimaschutz.

8 Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

9 Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von
10 Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen
11 insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen
12 Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die
13 Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

14 Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell
15 besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und
16 Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen
17 und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

18 Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt**
19 **es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und
20 Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

21 braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire
22 Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre
23 Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen
24 ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende
25 gewährleisten zu können.

26 Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen,
27 insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch
28 Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

29 **Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung** 30 **statt leerer Versprechen**

31 Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in
32 Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch
33 zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt
34 entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen**
35 **Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation**
36 **Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das
37 Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick
38 auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen
39 Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir
40 Studierende vermutlich wieder leer aus.

41 Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform
42 sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter
43 Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum
44 Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale
45 liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den
46 größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**
47 **Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und**
48 **kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen**
49 **stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG**
50 **statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität**
51 **vernachlässigen sie beide Gruppen.**

52 Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von
53 Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer
54 Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen,
55 Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische
56 Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung
57 durch bessere Studienbedingungen fehlen.

58 Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens
59 „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen
60 Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es
61 klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung
62 des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

63 Campusgrün drängt auf eine **grundlegende Bafög-Reform**, die das Bafög endlich
64 elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale
65 muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich
66 dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

67 Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten**
68 psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von
69 Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen
70 dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der
71 Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht,
72 entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern.
73 Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere
74 Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger
75 Leistungsdruck und eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens für notwendig.

76 **Klimapolitischer Rückschritt**

77 **Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von**
78 **CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.**

79 Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere
80 Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und
81 Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität
82 anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern
83 nachhaltiges Denken bei zukünftigen Entscheidungsträger:innen. Durch eigene
84 Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung
85 und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen
86 und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen
87 erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch
88 den Bundshaushalten ausreichend abgebildet ist.

89 Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der
90 Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden.
91 Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit
92 zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische
93 Verantwortungsträger*innen.

94 Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen,
95 mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige
96 Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem
97 Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen
98 geöffnet und langfristig abgesichert werden.

99 Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit**
100 **strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene
101 Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen und transparente
102 Zielvorgaben. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und
103 Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

104 Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu
105 sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der
106 Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür
107 kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

108 **Den Osten fest im Blick behalten**

109 Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die
110 Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so
111 spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt,
112 dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere
113 Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente
114 und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine
115 Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf
116 Bundes- und Landesebene.

117 In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt,
118 dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der
119 Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis
120 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt
121 – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das
122 Vertrauen der Jugend verspielen. Insbesondere der **Rechtsruck** bereitet uns große
123 Sorgen, der sich langsam **auch an Universitäten etabliert**. Neben Burschenschaften
124 gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der
125 Universität zu spielen.

126 Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und
127 nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für
128 den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für
129 Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche

130 Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen.
131 Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf
132 Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine
133 unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller
134 Hochschulgremien und aller nachgeordneten Institutionen gegen jede Form von
135 Rechtsextremismus. Kein Hochschulstandort im Osten darf **Opfer von Sparmaßnahmen**
136 werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden.
137 **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt**
138 **weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

139 Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen
140 Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle
141 Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir
142 kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird
143 verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland
144 unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und
145 sicherstellen, dass der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt

146 und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert
147 werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter
148 den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie finanziell, politisch
149 und durch gemeinsame Kampagnen, um die ökonomischen und gesellschaftlichen
150 Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

151 **Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft**

152 In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir
153 verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme
154 werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in
155 der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft
156 in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele
157 weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren:
158 Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen,
159 studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf
160 Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu
161 positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden,
162 werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich skandalisieren.

163 Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und
164 wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und
165 Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die
166 Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und

167 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der**
168 **Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss
169 die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares
170 Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und
171 Initiativen einbringen, sei es auf Parteitag oder in Gesprächen mit Grünen-
172 Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge
173 Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

174 Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive
175 Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit,
176 Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass
177 Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie
178 eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die
179 Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für
180 Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün
181 begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –
182 und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

Begründung

erfolgt mündlich